



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens, Nr. 4

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 4

Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

2. April 1919

Inhalt: Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit — Materialien zur ostdeutschen Frage: Der Rösschrei des deutschen Ostens. Die Posener Verhandlungen — Pressefestimmen.

Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit

1. In Posen und Westpreußen wohnen zusammen mehr Deutsche als Polen.
2. Drei Regierungsbezirke (Danzig, Marienwerder und Bromberg) sind überwiegend deutsch; im vierten (Posen) wohnen verhältnismäßig ebensoviel Deutsche als Polen in Ostgalizien wohnen.
3. Die deutschen Minoritäten in den überwiegend polnischen Kreisen sind größer als die polnischen Minoritäten in den überwiegend deutschen Kreisen.
4. Deutsche und Polen sitzen untrennbar durcheinander.
5. Polen reicht ethnographisch nicht in ununterbrochenem Zuge an die See; die „deutsche Brücke“ von Brandenburg-Pommern bis Ostpreußen schiebt sich dazwischen; insbesondere ist das Weichselthal in Stadt und Land überwiegend deutsch.
6. Die deutsche Bevölkerung ist in beiden Provinzen alteingesessen.
7. Sie hat bei den Reichstagswahlen 1912 ganz überwiegend deutsch gewählt; Reichstagswahlstatistik und Nationalitätenstatistik bestätigen sich.
8. Katholisch und polnisch sind nicht identisch.
9. Der Grundbesitz, auch der Privatbesitz, ist überwiegend deutsch.
10. Das deutsche Bauerntum besitzt in Posen mehr Land als das polnische.
11. Das Deutschtum ist im Grundbesitz in Posen stärker als das Polentum in Ostgalizien.
12. Die Städte sind überwiegend deutsch, auch ohne Militär und Beamtentum.
13. Der Grundbesitz in ihnen ist überwiegend deutsch.
14. Handel und Verkehr ist überwiegend deutsch.
15. Gewerbe und Industrie sind, namentlich in den wirtschaftlich wichtigen Betrieben, überwiegend deutsch.
16. Die Deutschen zahlen unverhältnismäßig mehr Steuern als die Polen.
17. Die Deutschen haben die kulturelle Überlegenheit.
18. Posen als landwirtschaftliches Überschussgebiet findet wirtschafts- und verkehrspolitisch seine natürliche Ergänzung in dem industriellen Mittel- und Westdeutschland.
19. Die Zugehörigkeit Posen zu Preußen hat der Provinz jährlich „Zehnte von Millionen“ eingebracht.
20. Die Verbindung mit Polen bedeutet für die Provinz eine wirtschaftliche Katastrophe.¹⁾

¹⁾ Diese Tatsache beweist Dr. Moritz Weiß in seiner ausgezeichneten Schrift „Die Stellung des Deutschtums in Posen und Westpreußen“ mit einer Sprachentarte. Verlag von Wilhelm Grebe. Berlin, Januar 1919.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Der Notschrei des deutschen Ostens

Mit wachsender Spannung haben 850 000 Deutsche in der Provinz Posen die Tagung der Nationalversammlung verfolgt. Trotz aller bisherigen Enttäuschungen hat jeder von uns gehofft, daß doch endlich einmal all die Notschreie die von den Deutschen Volksräten, den deutschen Gemeinden und all den anderen deutschen Organisationen der Ostmark dauernd an all die verantwortlichen Stellen gerichtet wurden, Widerhall in der Nationalversammlung finden würden — nichts ist bisher erfolgt. In dumpfer Verzweiflung fragen wir uns: Sind wir denn endgültig verraten und verkauft? Auch dem größten Optimisten ist wohl jetzt jeder Zweifel geschwunden, daß geheime Abmachungen bestehen müssen, die uns polnischer Willkür verschachert haben! Wir wollen jetzt die Wahrheit wissen und verlangen, daß die Regierung in der Nationalversammlung uns sagt, was wir von ihr zu erwarten haben! Sind wir hier, die wir auf altem deutschen Kulturland tapfer aushielten, denn schlechter als unsere österreichischen Brüder, denen ganz Deutschland jubelnd die Hand entgegenstreckt? Ist es schon vergessen, daß in den letzten schweren Kämpfen im Westen es gerade die Söhne des Ostens waren, die lobend erwähnt wurden? Wer hielt bei Roelare und Deinze den übermächtigen Gegner immer wieder im Schach? Und das der Dank? Deutsches Volk, weißt du es, daß Söhne aller deiner Stämme hier deutsche Art und deutsche Kultur als Ansiedler, Besitzer, Beamte und Arbeiter hochgehalten haben? Westfalen, Bayern, Pfälzer, Hannoveraner, Sachsen, Württemberger, Rheinländer, Thüringer und wo sie alle herkommen — sie alle standen als deutsche Pioniere hier im fernen Osten und vertrauten darauf, daß Deutschland geschlossen hinter ihnen stand und ihnen ihr Recht auf ihr Deutschtum sicherte.

Deutsche Arbeiter, wißt ihr, woher das Vieh kam, dessen Fleisch euch im Frieden nährte? Eine Nacht auf einem Bahnhof hätte euch gezeigt, woher die endlosen Güterzüge mit Rindern, Schweinen und Schafen kamen. Wißt ihr, woher die Kartoffeln kamen, die euch in den harten Kriegsjahren durchhalfen? Die Ostmark hat sie für euch gebaut!

Wißt ihr, daß die größten Zuckerfabriken in der Provinz Posen und Westpreußen liegen? Kennt ihr die Namen Culmsee, Kruschwitz, Montwy, Opalenitz, Pakosch, Rafel, die euch den größten Teil eures Zuckers lieferten?

Kennt ihr die schwarze Erde Kujawiens, jener Weizen- und Rübenkammer des Ostens?

Wißt ihr, daß von 700 Dampfpflügen im Deutschen Reich allein 198 in der Provinz Posen arbeiten?

Wißt ihr, daß die Polen bereits 10 000 Zentner Mehl und 30 000 Zentner Kartoffeln, die für euch bestimmt waren, nach Russisch-Polen geschafft haben? Das sind Zahlen aus polnischen Zeitungen, wieviel mag es erst in Wirklichkeit sein!!

Herr Reichspräsident Ebert, wir fragen Sie, was hat die Regierung getan, um diese Mengen dem deutschen Volk zu erhalten? Was hat die Regierung getan, um die Provinz Posen, diese Nahrungsmittelquelle, dem deutschen Volke zu erhalten? Bisher nichts!!

Wissen Sie, wie das Volk hier denkt? „Zu einer Regierung, die nichts für uns übrig hat, die sich als Volksregierung nicht einmal die Mühe genommen hat, sich über die Stimmung des Volkes und die wahren Verhältnisse hier zu orientieren, die lediglich auf die vollständig falschen Berichte der gänzlich landesunkundigen Herren von Gerlach und Hirsch sich gestützt hat, aber alle Notschreie der deutschen Bevölkerung unbeachtet ließ — zu einer solchen Regierung können wir kein Vertrauen haben! Einer solchen Regierung weigern wir die Steuern

und Abgaben, und lieber lassen wir die Bolschewisten ins Land, als daß wir polnisch werden."

Wir sind keine Reaktionäre, Herr Präsident! Wir haben in unseren Volksräten alle Parteien und alle Stände vertreten, vom Arbeiter bis Großgrundbesitzer. Aber unser deutsches Hemd sitzt uns allen näher als der Parteirock! Wir sind jederzeit bereit, einem Vertreter der Regierung jede gewünschte Auskunft über die hiesigen Verhältnisse zu geben! Setzen Sie den Herrn von Gerlach oder den Herrn Minister Girsch acht Tage nach Kafel und lassen Sie ihn täglich trotz des Waffenstillstandes 15 Zentimeter-Haubitzgranaten schmecken und beide Herren werden von ihrem Optimismus und dem Wahn, daß eine polnische Gefahr kaum noch besteht, schnell geheilt sein! Weiß die Regierung, daß Tausende deutscher Bauern, Besitzer und Ansiedler vor polnischem Haß und polnischer Willkür von Haus und Hof haben flüchten müssen, daß ihr Vieh, ihr ganzer Besitz ihnen genommen wird, daß diese Armen nicht wissen, wovon sie leben sollen? Was gedenkt die Regierung für diese Leute zu tun? Im Westen bekämpft man den Bolschewismus, will man ihn hier künstlich züchten? Was soll aus den Beamten werden, die als Vorkämpfer für das Deutschtum besonders bedroht sind? Es hat früher doch genug Vertreter der Regierung gegeben, die die Verhältnisse in der Provinz Posen genau gekannt haben, es gibt auch erschöpfende Statistiken, vielleicht orientiert sich die Regierung einmal genau über die katastrophalen Folgen, die das Aufgeben der Provinz Posen für den Westen, besonders für die Ernährung der Millionen Arbeiter zur Folge haben muß.

Und ihr, deutsche Brüder, im Westen und Süden, wacht auf und werft die falschen Ansichten über den Osten von euch! Auch der Verfasser dieser Zeilen ist Süddeutscher und weiß, wie wenige sich ein Bild von der Fruchtbarkeit der Provinz Posen und ihrer hochentwickeltesten Landwirtschaft machen können! Wie oft habe ich's verächtlich sagen hören, daß die Kartoffeln hier als Spalierobst gezogen würden und die Gegend nichts hervorbrächte als Sand, Kienäpfel und polnische Schnorrer. Hütet euch, daß die Erkenntnis vom Wert des Ostens für unsere Volksernährung nicht zu spät kommt!

Und wollt ihr stillschweigend dulden, daß 850 000 gute Deutsche von den Polen, die in der Kultur doch weit unter ihnen stehen und alles, was sie haben und können lediglich deutscher Kultur, deutschem Vorbild und deutscher Ordnung verdanken, unterdrückt werden? Es ist ein historischer Grundsatz, den auch Präsident Wilson vertritt, daß dem Volk, das die Kulturarbeit geleistet hat, auch das Land gehört. Darum erhebt eure Stimmen im ganzen Reich und legt energischen Protest ein bei der Waffenstillstandskommission und der Reichsregierung gegen die Abtrennung der Provinz Posen. Und wer uns mit der Tat helfen will, trete ein in unseren Grenzschutz.

Wir haben allezeit treu zum Deutschen Reich gestanden und wollen deutsch bleiben für alle Zeit.

Deutsches Reich und deutsches Volk, erzeigt uns nun Treue um Treue: Helft uns Ostmärkern!

Der Deutsche Volksrat für den Nekeydistrikt.

Die Pofener Verhandlungen

Berichte über den Verlauf der Verhandlungen. Die Verhandlungen sollten die Demarkationslinie gegen die Polen genau festsetzen und die aus dem Trierer Abkommen vom 16. Februar für das von den Polen besetzte deutsche Gebiet sich ergebenden Wirtschafts-, Verkehrs- und Verwaltungsfragen regeln. Die deutsche Kommission bestand aus Freiherrn von Nechenberg, Dr. Drews (früherer Minister des Innern), Generalmajor Dommès als Missionsmitgliedern, ferner Mitmeister von Brentano-Tremezzo, Regierungsassessor Krähmer-Möllenberg, Majore von Falkenhäusen und Böhm, Herr Schobert (von der Obersten Heeresleitung), Oberst Schuhmacher aus dem Kriegsministerium, Legationssekretär von Gentig (Dolmetscher), Pressevertreter Müller-Neudorf.

Auf Seiten der Entente bestand die Kommission aus dem französischen Botschafter Rouleus als Vorsitzenden, dem französischen General Dupont, dem großbritannischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Howard, dem italienischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Montagna, dem italienischen General Romey, dem General Kernmann als Vertreter der Vereinigten Staaten und dem General Rießel. Den Herren stand ein großer Stab von Adjutanten und Offizieren zur Seite.

Als Ort der Verhandlungen war Bromberg vereinbart.

In der ersten Zusammenkunft der interalliierten und deutschen Kommission zur Regelung der Disfragen auf dem Bahnhof Kreuz am 5. März erklärte General Dommès, der Vertreter der deutschen D. S. L., daß deutscherseits der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten bereits erteilt worden ist. Aus Anlaß sowohl deutscher wie polnischer Klagen über die Nichteinhaltung des Waffenstillstandes wurde beschlossen, auf beiden Seiten eine Untersuchungskommission, bestehend aus je drei Offizieren, einzusetzen, welche alle Fälle von Verletzungen des Vertrages prüfen, das Material sammeln und ihren Hauptkommissionen vorlegen sollen. Diese beiderseitigen Unterkommissionen sollen gleichzeitig die Frage der Festsetzung der Demarkationslinie bearbeiten.

Am 5. März abends trafen in Bromberg eine Reihe deutscher Vertreter der Waffenstillstandskommission, des Auswärtigen Amtes, der D. S. L. und der Preussischen Verwaltung ein. Bis tief in die Nacht hinein fanden Besprechungen im engsten Kreise mit Vertretern der Zivil- und Militärbehörden statt. Am 6. März um 9 Uhr wurde im Regierungsgebäude unter Leitung des Regierungspräsidenten eine Sitzung abgehalten, in der die Führer der deutschen Abordnung, Wirklicher Geh. Rat Gouverneur a. D. Freiherr von Nechenberg und inaktiver Staatsminister Drews, die Wünsche der deutschen Bevölkerung entgegennahmen. Erschienen waren Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, der Militär- und Zivilbehörden, der Landkreise Bromberg, Wirßig und Czarnikau, der Stadt Kasel, der Handels-, der Handwerkskammer und stellvertretenden Landwirtschaftskammer, des Deutschen Volksrats, des Deutschen Bürgerrats, der Beamtenverbände, sowie der Flüchtlingskommissar. Am 12 Uhr empfingen die Exzellenzen von Nechenberg und Drews eine aus drei Herren bestehende polnische Abordnung, die polnische Wünsche zum Vortrag brachte.

Berlin, 12. März. (Amlich).

... Da sich die alliierten Vertreter entgegen der getroffenen Vereinbarung weigerten, in Bromberg zu verhandeln und trotz der deutschen Einsprüche auf ihrem Standpunkt beharrten, einigte man sich schließlich auf Posen als Verhandlungsort. Die interalliierte Kommission reiste von Kreuz direkt nach Posen. Die deutsche Kommission begab sich zunächst nach Bromberg. Am Nachmittag des 6. März trat sie dann über Kreuz die Reise nach Posen an. Beim Betreten des von den Polen besetzten deutschen Gebietes wurden die deutschen Vertreter unter scharfer militärischer Bewachung gestellt und denselben Freiheitsbeschränkungen unterworfen, die für die ersten Verhandlungen in Trier seitens des Marschalls Foch angeordnet worden waren. Die Fahrt der deutschen Kommission vom Bahnhof Posen nach dem ihr zugewiesenen Quartier erfolgte in offenen Droschken unter militärischer Begleitung. Im Hotel wurden die deutschen Delegierten so-

fort durch ein starkes Postenaufgebot von der Außenwelt abgeschnitten. Selbst der Verkehr innerhalb des Hotels mit Vertretern der dortigen deutschen Behörden sowie Telephongespräche waren nur im Beisein polnischer Offiziere erlaubt. Freiherr von Rechenberg, der Vorsitzende der deutschen Kommission, legte sofort gegen diese unwürdige Behandlung bei Rouleus, dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission, wie dies in Trier ebenfalls geschehen war, scharfen Protest ein und erklärte, die deutschen Vertreter würden an der für Freitag, den 7. März, anberaumten Sitzung nicht teilnehmen, wenn die polnischen Anordnungen bestehen blieben. Auch die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob auf Anordnung des Reichsministers Erzberger bei Rudant Einspruch gegen das polnische Vorgehen. Nachdem hierauf die polnischen Maßnahmen zum Teil rückgängig gemacht worden waren, haben die Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen am 7. März im Schloß ihren Anfang genommen. Berichtserstattung über die weiteren Sitzungen bleibt vorbehalten, bis die bisher bestehenden Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung behoben sein werden.

Zurzeit finden nur Verhandlungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens statt. Die militärischen Verhandlungen mußten ausgesetzt werden, da vorerst unüberbrückbare Divergenzen eingetreten sind.

Berlin, 13. März.

In den Verhandlungen zwischen den deutschen und den interalliierten Unterhändlern in Posen wurde zunächst beschlossen, das zu bearbeitende Material einer militärischen und einer zivilen Unterkommission zur Beratung zu überweisen. Die Arbeiten der Unterkommissionen stießen von vornherein auf große Schwierigkeiten, da der Telegramm- und Telephonverkehr der deutschen Mitglieder mit der Heimat dauernde Stockungen und Verzögerungen erlitt. Eine entschiedene Wendung zum Besseren ist hierin trotz aller deutschen Bemühungen noch nicht eingetreten.

Die militärische Unterkommission trat noch am 7. März zu einer Sitzung zusammen. Der Vorschlag der Alliierten, an der Demarkationslinie eine neutrale Zone von einem

Kilometer Breite festzusetzen, wurde im Prinzip angenommen. Doch kam es bezüglich der weiteren alliierten Forderungen, von dieser Zone aus die Artillerie auf 20 Kilometer zurückzunehmen, zu keiner Einigung. Es zeigte sich überhaupt, daß die Ententevertreter entschlossen sind, keinerlei Konzessionen zu machen und die Bedingungen einfach zu diktieren. Jeder deutsche Einwand wurde in schärfster Form damit abgelehnt, daß die Polen Verbündete der Entente seien und diese die Aufgabe haben, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Als bis zum 10. März keine Einigung über die Hauptfragen erzielt worden war, reisten die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission von Posen ab, um sich mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung zu setzen.

Wann die militärischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, steht noch nicht fest. Ebenso ist es noch unbestimmt, ob in der Unterkommission oder direkt in der Hauptkommission weiter über die militärischen Fragen verhandelt werden wird.

Auch die Arbeiten der zivilen Unterkommission, welche die Verkehrs-, Wirtschafts- und Geiselfragen behandeln, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Berlin, 12. März.

Ueber die Behandlung, welche der deutschen Kommission in der deutschen Stadt Posen durch die Polen widerfahren ist, erhob General von Hammerstein auf Grund eines Telegramms in der Vollziehung vom 8. März 1919 in Spaa scharfen Protest und verlangte, daß der Kommission Freiheit der Bewegung und des telephonischen Verkehrs gewährt werde. Er erklärte weiter, daß er auf diese Frage später eingehen werde.

In der Vollziehung vom 11. März in Spaa forderte General von Hammerstein in einer Note nochmals eine andere Behandlung der deutschen Kommission in Posen und außerdem die Gewährung der notwendigen Verbindungen, damit sie arbeitsfähig gemacht werde. Sodann protestierte er in der gleichen Note gegen Äußerungen des Botschafters Rouleus in einer Begrüßungsansprache an die polnischen Behörden, von denen die deutsche Kommission funktentelegraphisch Kenntnis erhalten hat. Rouleus

hat erklärt, daß er sich in Posen in einem Teile Polens befinde. Die deutsche Note weist darauf hin, daß solche Äußerungen geeignet seien, auf das Verhalten und auf die Ansprüche der Polen in unerwünschtem Sinne einzuwirken.

Auf die Entgegnung Mudantz, daß die ganze Frage wenig bedeutungsvoll sei, da sich die deutschen Angaben auf einen Funkpruch gründeten und über Posen die Friedenskonferenz entscheiden werde, verlas General von Hammerstein ein Telegramm, aus dem hervorgeht, daß die betreffende Äußerung Roulens bei einem offiziellen Empfang durch die polnischen Behörden vor dem Bahnhof Posen vor einer großen Menge gefallen ist. General von Hammerstein erklärte, er habe daher seinem Einspruch gegen die Haltung des Boischasters Roulens, die den Abmachungen nicht entspricht, nichts hinzuzufügen.

Berlin, den 18. März.

Nach einigen Tagen Unterbrechung haben die Verhandlungen in Posen am 15. März ihren Fortgang genommen. Die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission sind zurückgekehrt.

In der Sitzung der militärischen Unterkommission machte der französische General Niefel den Vorschlag, die deutsche und polnische Artillerie solle statt auf 20 Kilometer nur auf 10 Kilometer von der vorgeschlagenen neutralen Zone zurückgezogen werden. Ein deutscher Gegenvorschlag, die Artillerie auf beiden Seiten auf 6 Kilometer Entfernung zurückzunehmen, wurde rundweg abgelehnt. Als sich schließlich Freiherr von Rechenberg bereit zeigte zur Einigung über die 10 Kilometer-Zurücknahme, verlangten die alliierten Vertreter plötzlich, daß die Deutschen auf der ganzen Front nur 10 Batterien in einer Entfernung von je 40 Kilometer von einander beibehalten dürften. Eine Einigung war deshalb unmöglich.

Ferner verlangten die alliierten Vertreter rasche Entscheidung über die Landung der polnischen Division in Danzig und deren Transport nach Polen; andernfalls würde Danzig besetzt werden. Der Vorsitzende der deutschen Kommission protestierte dagegen und erklärte in einer Note, die Danziger

Frage gehöre nicht zur Zuständigkeit der Kommissionsverhandlungen und könne nach dem Standpunkt der deutschen Regierung nur in Spaa entschieden werden. Hierauf verlas Boischaster Roulens einen Auftrag der alliierten Regierungen, in Posen über diese Frage zu verhandeln.

Schon in einer früheren Sitzung hatten die alliierten Vertreter in nicht mißzuverstehender Absicht die Meinung geäußert, daß die deutschen Truppen an der Polenfront keine regulären Truppen seien, sondern wilde Freischaren nach Art der Komitatschbanden. Von deutscher Seite war diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückgewiesen worden. In der Vollsitzung am 15. März wiederholte der französische General Niefel diese Behauptung und verlangte die Zurücknahme der Freiwilligen-Verbände. Er schob die Schuld an dem dauernden Geplänkel und den kleinen Kämpfen an der Polenfront auf sie, da es undisziplinierte Truppen seien, die sich auf eigene Faust andauernd Übergriffe erlaubten.

In der Frage der Besetzung der Kommission, der die Entscheidung bei Beschwerde über ungerechte Behandlung von Deutschen oder Polen innerhalb der Demarkationslinie obliegen soll, ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Die Alliierten verlangen die Besetzung dieser Kommission nur durch alliierte Vertreter, während von deutscher Seite die Besetzung mit Deutschen und Alliierten unter dem Vorsitz eines Neutralen gefordert wird.

Die Verhandlungen in Posen stehen vor der Entscheidung.

WTB., 20. März 1919.

Die Verhandlungen der Unterkommissionen der deutschen Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Kommission zur Festsetzung der Ausführungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind gestern früh in Posen abgebrochen worden. Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die sogenannte paritätische Oberkommission. Diese sollte als Beschwerdeinstanz dienen für die Paritätskommissionen. Diesen letzteren war zur Aufgabe gesetzt, eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in

Bezug auf Schutz des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufs oder der öffentlichen Rechte zu garantieren.

Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensetzen aus je einem von der preussischen Regierung und der internationalen Kommission ernannten Mitglied, sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst ernannt werden sollte. Die Alliierten hatten demgegenüber eine andere Zusammensetzung empfohlen, nämlich einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooperierende Mitglieder, so daß unter allen Umständen die alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Als endgültiger Vorschlag blieb dann von beiden Seiten bestehen auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen, auf der Entente-seite die Absicht, die Wahl des Vorsitzenden der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission in Spaa zu übertragen.

Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Überwiegen der Entente nicht gesichert, während die interalliierte Kommission wiederum durch keinen Neutralen und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden ausgewählt wissen wollte. Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag des von päpstlicher Seite aus zu wählenden Vorsitzenden in besonders eindringlicher Form den Polen nahebringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der interalliierten Kommission, Vosschaster Rouleus, nicht eingehen zu können glaubte und die Verhandlungen abbrach.

Der Abbruch der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten militärischen Vorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügen.

* * *

Berlin, 20. März.

Die Note, durch welche Vosschaster Rouleus, der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Posen, dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission, Freiherrn von Neuenberg, den Abbruch der Verhandlungen

mitteilte, lautet in der Übersetzung folgendermaßen:

„Herr Präsident! Ich habe gestern abend den Brief erhalten, in welchem Sie mich davon in Kenntnis setzten, daß Ihre Regierung, bevor Sie eine definitive Entscheidung trifft, bezüglich des Modus der Ernennung für die paritätische Oberkommission in Posen, die im Titel IV, Artikel I, § 2 vorgesehen ist, es wünscht, die polnische Behörde mit einer Anfrage zu befragen, die von dem Herrn Minister Erzberger ausgeht.

Die internationale interalliierte Kommission, welche als äußerste Frist für den Abschluß der Verhandlungen den 18. September mitternacht festgesetzt hat, kann sich nicht bei diesem neuen Vorschlag aufhalten. Er wäre übrigens in jeder Sachlage unzulässig gewesen, weil die Besprechungen einzig und allein zwischen Ihrer Delegation und der unsrigen geführt worden sind, allein im Sinne unserer bezüglichen Regierungen.

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegierten unter dem Vorwand zurückberufen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann, ohne genügende Weisungen, zurückgeschickt.

Die deutsche D. S. L. hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, dem General von Domes, untersagt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Zivilgewalt einig zu gehen.

Schließlich hat auch Herr Minister Erzberger darauf bestanden, in eine Waffenstillstandskommission einen Vertreter des Papstes oder der Schweizer Eidgenossenschaft einzuführen, und auf die Garantie, welche wir ihm dadurch gegeben haben, daß wir die Wahl (des Vorsitzenden) durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission in Spaa vornehmen lassen wollen, antwortet er ungeachtet Ihrer Zustimmung mit einem augenscheinlich unannehmbaren Angebot.

Die interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Taktik hergeben, welche die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel I des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Februar 1919 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendigt und wird Posen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird in Benehmen mit Euerer Exzellenz alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen. Um den alliierten Regierungen zu gestatten, den versöhnlichen Geist zu würdigen, welcher unsere Kommission ständig beseelt hat, richten wir an sie den Vorschlag des Vertragsentwurfes, dessen Abschrift beigelegt ist, indem wir bitten, ihn dann Marschall Foch zu übermitteln, als Teil der Ausführungsbestimmungen des allgemeinen Waffenstillstandes.“

Der Empfang der Ententevertreter. Unter den Augen der deutschen Behörden widmet der Bromberger „Dziennik Wydgoski“ vom 5. März der feindlichen Kommission folgende, den Ereignissen freilich etwas vorgreifende Begrüßungsworte:

Wir begrüßen Euch!

Die Vertreter der Entente kommen zu uns. Sie erscheinen bei uns als Repräsentanten derjenigen Mächte, welche die Macht des preußischen Militarismus zermalmt und eine neue Ordnung geschaffen haben. Nicht die brutale Kraft, sondern Recht und Gerechtigkeit sollen von jetzt ab in der Welt regieren. Deshalb legen sie den Bedrückern Bügel an und bringen den Bedrückten Freiheit.

Es ist eine ganz natürliche Sache, daß wir als ein seit eineinhalb Jahrhunderten durch die Preußen bedrücktes Volk mit großer Freude diejenigen begrüßen, die uns die gute Nachricht von einer besseren Zukunft bringen. Wir glauben nämlich, daß ihre Ankunft allein schon eine Milderung in unserer Lage, die in letzter Zeit direkt unerträglich geworden ist, bringen werde.

Als die einzigen rechtmäßigen Wirte dieser Stadt, als ferner die eingeborenen Söhne dieses polnischen Landes begrüßen wir die Ver-

treter der Entente in Bromberg. Durch das fremde Element sind wir an die Seite geschoben worden, haben uns aber von unseren Rechten nie losgesagt. Und heute, wo die Deutschen sich Mühe geben, unserer Stadt einen rein deutschen Charakter zu geben, stehen wir fast dreißigtausend Mann stark in Bromberg und stellen fest, angesichts der ganzen Welt, daß wir da sind, daß wir Gerechtigkeit und Wiedergutmachung des historischen Unrechts verlangen.

Wir können die hohen und uns so lieben Gäste nicht durch öffentliche Ausrufe, Heraushängen von Nationalbannern begrüßen. Jedes Anzeichen äußerer Freude wäre mit einer Gefahr für uns verbunden, aber wir zweifeln nicht, daß sich eine Gelegenheit bieten wird, der Entente den Beweis zu geben, wie hoch unsere Zahl ist, und daß wir uns als ein Teil des ganzen polnischen Volkes fühlen, sowie, daß wir nicht daran denken, unser historisches Anrecht an dieses polnische Land preiszugeben.

Im Namen sämtlicher Polen in Bromberg und dem Nezebidistrikt bringen wir hiermit den hohen Gästen Ausdrücke der Guldigung und Freude dar, daß wir sie in den Mauern unserer Stadt sehen können. Wir vereinigen uns sämtlich in einem einzigen Ruf, in welchem unsere ganzen Gefühle enthalten sind: Es lebe die Entente!

Der festliche Empfang, den die interalliierte Kommission in der deutschen Stadt Posen gefunden hat, wurde durch folgenden Ausruf des Polnischen Volksrats eingeleitet:

An die Bevölkerung der Stadt Posen!

Morgen am Sonnabend um 8 Uhr vor-mittags wird eine große Ententemission nach unserer Stadt kommen. Diese Mission setzt sich zusammen aus bekannten Vertretern Frankreichs, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Seit dem Augenblicke des Eintritts dieser Mächte in den jetzigen Krieg, haben wir Polen im bisherigen preußischen Teilgebiete sie als unsere Verbündeten und Freunde angesehen.

Wenn sie also heute zu uns kommen und in den Mauern unserer Stadt, in der alten

großpolnischen Burg, der Residenz unseres ganzen Gebietes weihen werden, erfüllt unsere Herzen eine große Freude, daß wir diese hohen Gäste begrüßen können. Wir wollen dies beredt nach außen zeigen, indem wir unserer Stadt ein feiertägliches Aussehen geben. Zu Ehren unserer Freunde sollen alle öffentlichen Gebäude polnische Flaggen herabhängen, ganz Posen soll überhaupt einen feierlichen Anstrich bekommen, indem es die Vertreter der Entente mit polnischen und zugleich mit ihren eigenen Farben, den französischen, italienischen, englischen und amerikanischen begrüßt. Am Sonntag nachmittag wird die feierliche Begrüßung der Gäste im historischen Posener Rathaus stattfinden; die verschiedenen Vereinigungen und Zünfte werden mit ihren Bannern ein Spalier vom gewesenen kaiserlichen Schlosse bis zum Alten Markt bilden. Weitere Einzelheiten werden in den Zeitschriften oder besonderen Bekanntmachungen zur Kenntnis gebracht werden. Einwohner und Einwohnerinnen von Posen! Haltet überall musterhafte Ordnung, richtet Euch genau und gehorsam wie echte Bürger nach den Verfügungen unserer polnischen Behörden, damit unsere Gäste durch diesen Besuch bei uns den besten Eindruck davontragen!

Posen, den 28. Februar 1919.

Der Volksrat der Stadt Posen.

Diesen Aufruf versteht der „Dziennik Poznański“ vom 1. März mit folgendem Kommentar:

Posen bereitet sich vor für eine würdige Aufnahme der Ententemission.

Morgen werden die hohen Repräsentanten Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Italiens in unserer Stadt erscheinen, um unsere Verhältnisse kennen zu lernen und die in Warschau begonnenen Verhandlungen weiterzuführen.

Unser Volk und die Allgemeinheit wird die hohen Gäste mit Freude und Eifer begrüßen, sowie nur ein von Ketten befreites Volk seine Erretter begrüßen kann; diejenigen, die ihm nicht nur die Freiheit zurückgegeben haben, sondern die außerdem mit Freundschaft und Hilfe zu ihm kommen, um die eroberte Freiheit zu verankern und für immer zu sichern.

Augenscheinlich muß sich unser Volk auch in diesem feierlichen Moment vergegenwärtigen, daß sein weiteres Schicksal vor allen Dingen von ihm selbst, seiner Energie, Vernunft und Ausdauer abhängig ist, die es dem Wiederaufbau seiner unabhängigen Existenz widmen wird. Dieser Wiederaufbau wird ihm aber durch die Hilfe der mächtigen Entente, deren Vertreter zu uns kommen, ermöglicht und erleichtert werden.

Der „Kurjer Poznański“ vom 3. März schreibt in einem Begrüßungsartikel, der für die Loyalität der Polen seit Kriegsbeginn dokumentarisch ist, unter anderem wie folgt:

„Die feierlich ausgeschmückte Burg des Przemyslaw begrüßt heute außergewöhnlich hohe Gäste in ihren Mauern. Es kommen zu uns die Vertreter der siegreichen Mächte der Entente, Männer, die sich berühmt gemacht haben durch ihren Verstand und politische Erfahrung, es kommen Generäle, die sich einen Namen gemacht haben durch die Heldentaten ihrer Armeen. . . .

Es ist das für uns ein freudiger und bedeutungsvoller Augenblick, daß wir die Vertreter derjenigen Mächte bei uns empfangen können, mit denen uns Gefühle herzlicher Freundschaft und heißer Dankbarkeit verbinden. Vom ersten Moment des Krieges an wandten sich die Sympathieen der Polen im preußischen Teilgebiete elementarisch denen zu, von deren Seite sie einzig und allein eine Befreiung hoffen konnten. Als das nationale Leben unter der Wucht des Kriegeszustandes, welches auch so schon eingeschränkt war, ganz und gar kraftlos gemacht wurde, wandte sich der polnische Gedanke nach Westen und schöpfte aus den Waffentaten der Entente Trost und Kraft. Die Kriegsgeschichte der heldenhaften Armee der Alliierten erweckte wohl nirgends außerhalb der Grenzen der Ententemächte einen derartigen Widerhall wie bei uns. Jede strategische Bewegung wurde von uns mit zitterndem Herzen verfolgt: die Erfolge der Entente waren unsere Erfolge, ihre Niederlagen unsere Niederlagen, Traurigkeit und Freude, Sorge und Triumph teilten wir mit jedem Schlag unseres Herzens.

Und über alles erhob sich der Glaube an den endgültigen Sieg der Verbündeten. Wir waren so fest überzeugt, daß die

Sache, für die ihre Armee kämpft, heilig und gerecht ist, daß ein Zweifel an ihrem Erfolg gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Zweifel an der sittlichen Ordnung der Welt. Wir glaubten an den Sieg derjenigen, die wir für unsere Bundesgenossen ansahen, und glaubten, daß dieser Sieg uns eine Befreiung aus dem Joch des barbarischen Eroberers bringen werde.

Die Tapferkeit des polnischen Soldaten, welcher eilte, die angegriffene nationale Ehre zu verteidigen, brachte es mit sich, daß wir die heute ankommenden Gäste als Wirte und Herrscher dieses Landes begrüßen können. Die Hand des preußischen Söldners wird heute die Banner der Entente nicht mehr herunterreißen, mit welchen wir als Zeichen der Freude unsere Häuser geschmückt haben!

Über die Empfangsfestlichkeiten geben die „Posener Neuesten Nachrichten“ vom 4. März folgenden zusammenfassenden Bericht:

Auf allen öffentlichen Gebäuden war die polnische Fahne gehißt, auch auf dem Flaggenmast des Schlosses, auf dem bisher die Rotekreuzfahne wehte, wurde gestern mittag das polnische Adler-Banner aufgezogen. Zahlreiche Häuser tragen Fahnen Schmuck in den polnischen und Entente-Farben. Vormittags 11½ Uhr fand auf dem Wilhelmsplatz (jetzt Freiheitsplatz) eine militärische Feier statt; rings um den Platz hatten etwa zweitausend Mann Aufstellung genommen, darunter ein Ulanenregiment. In der Mitte des Platzes fuhren die vier einzuzweihenden Batterien mit zusammen vierzehn Geschützen (darunter eine schwere Mörserbatterie zu zwei Geschützen) auf. Auch die Vertreter des Obersten Polnischen Volksrates waren zu der Feier erschienen. Kurz nach 11½ Uhr begann, von der polnischen Bevölkerung wiederum lebhaft begrüßt, die Auffahrt der Ententevertreter, zusammen 28 Herren. Der Wilhelmsplatz selbst war für das Publikum abgesperrt, Mannschaften der Bürgerwehr hielten die Ordnung aufrecht. Unter Führung des Generalleutnants Dombór Musnicki schritten die Delegierten, mit dem französischen General Niessel an der Spitze, die Front der aufgestellten Truppen ab, worauf die Weihe der vier Batterien durch den Feldgeistlichen Dylert stattfand. Hieran schloß sich ein

Vorbeimarsch der Soldaten an der Südseite des Wilhelmsplatzes. Mehrere Flieger kreisten gleichzeitig während der Feier über der inneren Stadt und über dem Platz, wobei einer derselben einen Sturzflug ausführte. Während nunmehr die Vertreter der polnischen Behörden mit dem Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrats sich nach dem Alten Rathaus begaben — polnische Vereine, Innungen und Scouts bildeten Spalier — unternahmen die Mitglieder der Delegation eine Rundfahrt durch die Stadt und trafen kurz vor 1 Uhr ebenfalls im Alten Rathaus ein. In dessen „Goldenen Saal“ wurden sie von dem Stadtpräsidenten v. Drewski namens der Stadt begrüßt. Kommissar Pobjwinski hielt sodann von dem Balkon des ersten Stockwerks eine Ansprache, auf die Botschafter Rouleux antwortete. Gegen 2 Uhr traten die Ententevertreter die Rückfahrt nach dem Schloß an. Abends 7 Uhr fand hier im großen Saal ein offizielles Bankett statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Kommissar Korsanty an die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten eine längere Ansprache.

Die Balkonrede Pobjwinskis hatte nach einem Bericht des „Dzienn. Pozn.“ vom 4. März folgenden Wortlaut:

Meine Herren aus der Ententemission!
Bürger!

Als im Juli 1914 sich die ersten Signale des Weltkrieges bemerkbar machten, als im August die ersten Schüsse fielen, fühlte unser Volk, daß sich ihm der entscheidende Augenblick naht. Die Bitten unserer Dichter, welche um einen großen Krieg der Völker gebetet haben, um einen Krieg, welcher die Ungerechtigkeit der Welt brechen, dagegen neue Zeiten künden sollte, sowie neue Leute, die Herrschaft des Rechts, der Gerechtigkeit, Freiheit und Verbrüderung der Nationen, verwirklicht sich jetzt.

Vom ersten Augenblicke an wußte unser Volk, auf welche Seite es sich stellen sollte. Und um so bemerkenswerter ist jene Abergzeugung und jener Glaube, daß wenn in gewissen Schichten der polnische Gedanke herumirrte, der einzig und unveränderlich war, so war derselbe treu und ständig beim Volke, also beim Stamme einer jeden Nation.

Es kamen Nachrichten über die Siege der Deutschen, schon schien es, daß unter der Wucht der deutschen Faust die Völker des Westens fallen werden. Unser Volk blieb sich treu, es ließ sich vom Schein nicht hinreißen, denn es glaubte daran, daß die Gerechtigkeit und Freiheit siegen muß, daß sie siegen muß nach Heftatomben von Opfern, nach einem Meer von Blut und Tränen. Und mit diesem unüberbrüchlichen Glauben hielt auch sein sicheres Bewußtsein stand, daß die Idee der Freiheit und des Rechts, deren tapfere Vorkämpfer die Entente, also Frankreich, England, Italien und die Vereinigten Staaten waren, über die brutale deutsche Idee der Macht über das Recht siegen muß.

Die tapferen, siegreichen Kämpfer an der Marne, auf den Feldern Flanderns, an der Mosel, in der Champagne, bei Verdun und an der Piave haben trotz dem veränderlichen Kriegsglück Wunder von Tapferkeit, Wunder von Heldentum und Aufopferung, sowie Eifer und Glauben von Seiten der Entente hervorgerufen, daß von ihnen eine übermächtige Kraft ausging, welche schwache und bedrückte Völker zur Ausdauer anregte. Es war das die Kraft, welche unseren Glauben stärkte. Wir wußten nämlich, daß hohe Ideale dort Taten waren, für die man sein Blut und sein Leben gibt. Und als der greise aber zu gleicher Zeit jugendliche Ministerpräsident Clemenceau und Pichon, als Lloyd George, Orlando und zuletzt der edle Präsident Wilson das Wort „Polen“ aussprachen, fühlten wir, daß in denselben Tat und Willen enthalten ist, daß Polen auferstehe.

Dr. Krysiwicz hielt eine französische Begrüßungsrede, in der er u. a. sagte:

„Meine Herren! Ich habe die Ehre, Sie, geehrte Herren, im Namen des Obersten Volksrates zu begrüßen, welcher während der jetzigen Übergangszeit bis zum Beschluß des Friedenskongresses die Vertretung aller Polen, des bisherigen preußischen Teilgebietes darstellt.

Sie befinden sich hier auf dem Grund und Boden desjenigen Teiles Polens, auf welchem vor tausend Jahren die Wiege des polnischen Reiches stand. Von dem Zerfall des polnischen Reiches beginnend, mußte

dieser Teil Polens den ganzen furchtbaren Kampf mit der germanischen Übermacht tragen.

Sie haben in diesem Weltkriege, welcher, wie Sie sich überzeugt haben, noch nicht zu Ende ist, erkannt, welchen Zwecken die Macht und die Kraft des Deutschen Reiches diene und welche Methoden sie angewendet hat. Deshalb können Sie auf Grund dieser eigenen Erfahrungen sich unsere Leiden während dieser Sklavenzzeit vorstellen.

Wenn wir trotzdem widerstanden haben und heute als Wirte dieser Ländereien Sie begrüßen können, so wollen Sie darin, bitte, das Maß unserer Widerstandskraft und berechtigten Titels der Angehörigkeit zum freien vereinigten Polen sehen.“

Weiter erwähnte Dr. Krysiwicz, daß die Gäste begrüßt werden als Vertreter der Entente, die Recht und Gerechtigkeit für alle bedrängten Völker bringt und jetzt als Siegerin die Möglichkeit habe, ihr politisches Programm zu erfüllen, was den Polen die Überzeugung gebe, daß ihre Sache eine richtige Beurteilung und eine gute Lösung für ihr Vaterland seitens der Alliierten bekommen werde. Die Rede schloß mit einem Hochruf auf die Mächte der Entente.

In Beantwortung dieser Ansprache hielt Votschaster Roulens eine Rede, die ungefähr die folgenden Worte enthielt:

„Ich danke Ihnen im Namen meiner Kollegen und in meinem eigenen Namen für die sympathischen Worte der Begrüßung. Sie haben richtig daran erinnert, daß wir hier auf polnischem Boden stehen, von wo die Dynastie der Piasten hervorgegangen ist, wo die großartige Entwicklung Polens ihren Anfang genommen hat. Der Freiheit beraubt, haben Sie, meine Herren, Kraft und Ausdauer dem Erbfeinde gegenüber bewiesen. Die Polen sind auf diesem Boden ein Vorposten, an welchem die deutschen Wellen zerbersten. Der Feind, welcher es verstanden hat, sich wieder zu organisieren, ist unser Gegner, aber noch in größerem Maße auch der Ihrige. In Ihrem Auftreten haben Sie außer großer Seelenstärke auch die Weisheit der Beherrschung gezeigt, welche sogar den Feinden imponierte. Dieses Land, welches in der Vergangenheit solche große Bedeutung

für Polen hatte, ist auch in Zukunft dem polnischen Volke nötig, zu welchem es zurückkehren muß.“

Korfanth führte in seiner Dankesrede aus:

„Das polnische Volk durchlebt jetzt einen der wichtigsten historischen Augenblicke, indem es in seinem Lande die Vertreter der siegreichen Entente begrüßt, welche ihm Freiheit, Unabhängigkeit und Vereinigung bringt, um welche wir gekämpft und seit über 100 Jahren gebetet haben.“

Meine Herren Repräsentanten des schönen und heroischen Frankreichs! Im Namen dieses Teils des polnischen Volkes, welches seit über einem Jahrhundert das schwere Joch des größten Freiheitsfeindes ertragen mußte und zum Teil noch erträgt, habe ich die Ehre, Sie auf dem Landesstrich zu begrüßen, welche die Wiege des Volkes und des polnischen Reiches ist. Unsere Herzen haben sich immer zu Euch gewendet, da gemeinsame Ideale und alte Bande der Freundschaft Polen und Frankreich verbinden.

Das edle französische Blut wurde seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt für die Freiheit, Gleichheit und Verbrüderung vergossen und die Polen sind stolz, daß sie Schulter an Schulter mit den Franzosen um den Sieg dieser Prinzipien gekämpft haben und noch kämpfen. Als der brutale Preuze in verräterischer Weise das schöne Frankreich und das gemarterte Belgien angriff, als jene Horden die glücklichen Städte und Städtchen unseres Vaterlandes vernichteten, war Euer Schmerz auch unser Schmerz, Eure Tränen auch unsere Tränen, aber ebenso wie Ihr stark und stolz waret, und nie die Hoffnung aufgegeben habt, so haben auch wir Polen immer an den Sieg der Gerechtigkeit über die brutale Kraft und Sllaventum geglaubt. Dank den französischen Waffen ist die Welt von der größten Katastrophe befreit worden, welche ihr gedroht hat.

Dank Eurem Siege ist auch ein freies, unabhängiges, vereinigtcs Polen entstanden. Wir wünschen, daß ein stetes Bündnis zwischen Frankreich und Polen, gestützt auf das Prinzip unserer siegreichen Ideale, stetig währen möge.

Meine Herren Vertreter aus Italien! Ihr habt den Kampf für Eure Freiheit, Unabhängigkeit und Vereinigung begonnen, die besten Söhne unseres Vaterlandes stellten sich unter Eure Banner, um gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Es existiert eine seltene Analogie zwischen Ihren und unseren Bemühungen zur Wiedererreichung der Freiheit. Wir werden nie vergessen, daß während dieses schrecklichen Krieges, welchen der preußische Militarismus verursacht hat, das italienische Volk das erste war, welches durch sein Parlament ein freies und vereinigtcs Polen verlangte.

Das italienische Blut, welches so reichlich vergossen wurde, auch für die Befreiung Polens, wird ein edler Zement sein, welcher die Freundschaft zwischen Italien und Polen für immer kitten wird“.

Proteste gegen die Zusammenetzung der deutschen Kommission. Der Ausschuß und die Delegierten-Versammlung des Bürgerrats von Bromberg und den Vororten vertreten in der Frage der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen folgenden Standpunkt:

Die deutschen Polen haben, den Augenblick der Revolution benutzend, widerrechtlich im Aufstand Gebiete erobert, die unter dem Einfluß deutscher Kultur zur hohen Blüte gelangt und für die Ernährung des westlichen Teiles des preußischen Staates unbedingt nötig sind. Es wird gefordert, daß seitens der Entente keine Bedingungen aufgestellt werden, die eine Vergewaltigung der historischen, völkerrechtlichen und völkischen Tatsachen bedeuten würden. Die Deutschen haben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, sich dem Abschluß eines Waffenstillstandes im Osten gebeugt, sind aber nicht gewillt, ihre Rechte kampfslos preiszugeben, selbst auf die Gefahr eines Einmarsches der Entente hin. Wenn Frankreich, von unergründlichem Haß und feindseligsten Revanchegedanken gegen das deutsche Volk erfüllt, die Vernichtung desselben will, wird das deutsche Volk von wahnsinniger Verzweiflung, deren Erscheinungen überall zu beobachten sind, und von Hunger getrieben dem Völkermord anheimfallen. Die französischen

Seeere werden von diesem Geiste angesteckt und ganz Europa der Schauplatz der fürchterlichsten Weltkatastrophe werden, für die die Verantwortung allein die Entente trägt.

Die Deutschen der Ostmark erkennen klar, daß die seitens unserer Gegner jetzt vertretene Anschauung, daß alles, was im Jahre 1772 in polnischer Hand gewesen ist, wieder polnisch werden müsse, nichts anderes bedeutet, als die Absicht, Preußen wirtschaftlich zu ruinieren und das deutsche Volk unter den Einfluß einer Suggestion zu bringen, unter der es sich mit dem Gedanken der Polonisierung größerer Teile Preußens allmählich abfinden soll. Die Deutschen werden, durch die Erfahrungen seit dem Oktober-Waffenstillstand mit der Entente gewigt, dieser Suggestion nicht erliegen, sondern weisen jede dahin zielende Absicht einmütig zurück. Die Möglichkeit wirtschaftlicher und sonstiger Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen in preußischen Gebietsteilen hat sich als durchführbar erwiesen. Ein großer Teil der preußischen Polen verlangt, in klarer Erkenntnis, daß ein Zusammenschluß mit dem früheren russischen Polen Zustände für die jetzt deutschen Polen schaffen wird, die sie in jeder Beziehung wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückwerfen werden, daß die weitere Zugehörigkeit Posens zum Deutschen Reiche gewährleistet wird.

Das deutsche Volk, das nicht besiegt ist, sondern den Kampf aus Mangel an Rohstoffen und Hunger hat einstellen müssen, verlangt seinerseits, daß die deutschen Polen, die nach Schluß des Weltkrieges und Abschluß des Waffenstillstandes mit der Entente den Aufstand erregt haben, mit ihrer Forderung nach deutschem Besitz zurückgewiesen werden. Wird die Entente widerrechtlich die Annexion Posens oder eines Teiles desselben oder anderer Gebietsteile Preußens dekretieren, so wird damit ein offenkundiger Rechtsbruch geschaffen, der in der Geschichte ewig gebrandmarkt erscheinen wird; denn die russischen Polen haben im November 1916 gelobt, zu Deutschland im Kampf gegen die Entente zu stehen. Nur so ist die Schaffung des selbständigen Staatengebildes Polen möglich gewesen.

Die Grenze muß von Männern festgelegt werden, die die gründlichste Kenntnis der

lokalen Verhältnisse besitzen. Dazu erscheinen nicht genügend unterrichtete Regierungsvertreter nicht geeignet. Insbesondere wird zur Vertretung der deutschen Interessen verlangt, daß aufrechte, feste und nicht von vornherein durch polnische Familienbeziehungen beeinflusste deutsche Männer die Unterhandlungen führen bzw. an ihnen teilnehmen. Unsere Unterhändler müssen die Machtmittel, die wir noch in den Händen haben, auszuspielen bereit sein. Wer von vornherein auf dem Standpunkt steht, uns seien insolge unserer Beziehungen zur Entente die Hände gebunden, ist kein Unterhändler; er muß von seinem Platze fort!

Eine kraftvolle Entschliebung wurde am 11. März in der **Bromberger Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei** angenommen und an die Reichsregierung, die Nationalversammlung und den Minister Erzberger gesandt. Sie lautet:

Die deutsche Ostmark ist nicht der Überzeugung, daß die Waffenstillstandskommission die deutschen Interessen gegenüber den zielbewußten Machenschaften unserer Feinde gebührend wahrnimmt. Eine tausendköpfige Versammlung der Deutschen Volkspartei fordert insbesondere nach Bekanntwerden der Auffassungen Neuenbergs über politische Notwendigkeiten im Osten seine sofortige Abberufung. Sie fordert deshalb weiterhin seine Ersetzung durch einen Mann, dessen deutsche Gesinnung unzweifelhaft feststeht und von dem man nach seiner ganzen Vergangenheit ein völliges Vertrautsein mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der deutschen Ostmark erwarten kann. Denn es handelt sich für uns nicht allein um Befreiung von einer gegenwärtigen Sorge, sondern auch um Wahrung unverbrüchlicher deutscher Rechte für die Zukunft.

In der Sitzung des **Bromberger Arbeiter- und Soldatenrats** vom 11. März machte der Vorsitzende Langrock einige Mitteilungen. Danach habe der Volkzugsausschuß bei der am vorigen Donnerstag auf der hiesigen Regierung stattgefundenen Konferenz mit der jetzt in Posen befindlichen deutschen Kommission den Eindruck gewonnen, daß die hierfür bestimmten Männer zum Teil nicht die nötige Sachkenntnis besitzen, um die

deutschen Forderungen den Polen gegenüber zur Geltung zu bringen, es wäre angebrachter gewesen, mehr bodenständige Leute auszuwählen.

Die **Stadtverordnetenversammlung von Bromberg** nahm in ihrer Sitzung vom 13. März einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bromberg ist der Überzeugung, daß die bisherigen Verhandlungen der deutschen und preußischen Regierung mit den Polen, vor allem die neuesten Verhandlungen über die Durchführung des Waffenstillstandes, den deutschen Interessen nicht recht geworden sind. Die deutsche Bevölkerung hat nicht das Vertrauen, daß die Vertretung der deutschen Interessen in Händen von Persönlichkeiten liegt, die mit den geographischen, geschichtlichen und kulturellen Verhältnissen unserer Provinz, namentlich des Nezeidistrikts, genügend vertraut sind, und die gleichzeitig die Gewähr bieten, daß sie die deutschen Interessen mit der gebotenen Energie und Festigkeit durchsetzen. Zudem muß verlangt werden, daß unsere Vertreter ohne jeden Zeitverlust sich durch Fühlungnahme mit den führenden deutschen Persönlichkeiten der

Provinz, vor allem der unbefetzten Teile, über die deutschen Interessen und Forderungen auf das eingehendste unterrichten.“

Die **deutschen Volksräte von Jordan und Umgebung** erheben von neuem unter Hinweis auf die Erläuterungen Wilsons zu seinen vierzehn Punkten nachdrücklich Einspruch dagegen, daß auch nur ein Fuß breit Landes unserer Heimatprovinz Posen abgetreten werde. Wir verlangen, daß unsere deutschen Interessen bei den Verhandlungen in Posen energischer vertreten werden, nötigenfalls unter Preisgabe des für unsere deutsche Sache scheinbar nicht geeigneten Freiherrn von Nechenberg möge uns die Regierung doch endlich einen Mann mit deutschem Herzen und festem Rücken senden.

An das Auswärtige Amt sandte der **deutsche Volksrat Wirkig** folgendes Telegramm: Herkunft und Persönlichkeit des Freiherrn von Nechenberg sowie seine Stellungnahme zur Polenfrage in der Waffenstillstandskommission beunruhigen uns stark; wir verlangen sofortige Ersetzung durch eine geeignete Persönlichkeit. Von dieser Forderung erhält die Presse Nachricht.

Pressfestimmen

Im Vordergrund der Interessen stehen allenthalben die Verhandlungen in Posen. Die folgenden Äußerungen ergänzen das dokumentarische Material, das wir im Vorstehenden zusammengestellt haben.

1. Süddeutsche Presse

Zur Verlegung der Kommissionsberatungen von Bromberg nach Posen schreibt die Bromberger „**Süddeutsche Presse**“ vom 7. März:

Die Bromberger Konferenzen sind gestern nachmittag plötzlich abgesetzt worden. Die interalliierte Kommission, die aus Posen kam, und die deutsche Delegation, die auf dem Wege von Berlin nach Bromberg war, haben sich gestern in Kreuz getroffen und hatten dort eine mehrstündige Besprechung, worauf die Vertreter der Alliierten nach Posen zurückkehrten, während die deutschen Delegierten ihre Reise hierher fortsetzten.

Was die Bromberger Verhandlungen vereitelt hat, wissen wir nicht, vermutlich hat die

Posener Zeitung mit ihrer Information recht, wenn sie schreibt, die Vertreter der Alliierten wünschten an einem anderen Orte, und zwar an einem solchen in einer neutralen Zone, zu verhandeln, dessen Festsetzung alsbald erfolgen dürfte. Da Bromberg als Verhandlungsort sicherlich nicht ohne Einverständnis der interalliierten Kommission bestimmt worden war, so ist nur anzunehmen, daß die neue Entschickung der Alliierten auf Posener polnische Einflüsse zurückzuführen ist. Man fürchtete vielleicht in Posen, daß die Vertreter der Alliierten hier in deutschfreundlichem Sinne infiziert werden könnten.

Ubrigens: wo ist hier eine neutrale Zone, an der die Besprechungen stattfinden könnten? Wir kennen keine, und können auch nicht annehmen, daß man, um den Posener Waffenstillstand herzustellen — um diesen handelt es sich doch in erster Linie — deshalb etwa nach Dänemark oder Schweden reisen wird. Das könnte nur in der Absicht geschehen, die Sache hinzuhalten, was wir vorläufig noch nicht annehmen wollen.

Die deutschen Delegierten sind gestern abend hier eingetroffen. Heute vormittag fand im Regierungsgebäude eine längere Besprechung statt, an der auch Vertreter anderer Behörden teilnehmen und die bei Schluß der Redaktion noch fortbauerte. Über den Gegenstand der Besprechung und ihr Ergebnis sind wir heute nicht in der Lage, etwas mitzuteilen.

Die **Pofener Rede von Koulens** kritisiert die **Ostd. Rundschau** vom 5. März in folgenden Ausführungen:

Bei der Würdigung dieser Worte, die sich im Munde des Führers einer Friedensmission recht sonderbar ausnehmen, wird man zunächst gut tun, die französischen Sympathien für die Polen in Betracht zu ziehen, immerhin sind sie für uns Deutsche — gesprochen auf deutschem Boden — von einer Unfreundlichkeit, die jede Hoffnung auf eine gerechte Behandlung durch unsere Feinde ausschließt. Als erschwerend fällt dabei ins Gewicht, das der Botschafter bei diesem offiziellen Anlasse nicht nur seine eigene Ansicht, sondern auch die der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht hat. Bei einer solchen Denkungsart müßte man alle weiteren Verhandlungen von vornherein für völlig nutzlos halten, wenn es nicht den deutschen Behörden in Bromberg gelingen wird, durch mannhaftes Auftreten unsere Gegner eines Besseren zu belehren.

Daß die Entente über Polen in vielen Dingen vollkommen falsch und einseitig unterrichtet ist, ist längst bekannt, und die Pofener Rede des Botschafters Koulens bestätigt dies nur. Schon die geschichtliche Erinnerung an die „große Familie der Piasten“, vermag, so schmeichelhaft sie auch den polnischen Zuhörern ins Ohr geklungen haben mag, der neueren Forschung nicht standzuhalten, denn Piast, der „Girte“ und Landmann, ist nichts weiter als eine Sagen-gestalt und eine Erfindung der höfischen Volksphantasie. Das Herrschergeschlecht der Piasten ist erst mit Mieszko I. in das Licht der polnischen Geschichte getreten, der es nicht gelungen ist, die polnische Herkunft der Piasten nachzuweisen, denn wir wissen längst einwandfrei, das Mieszko einen zweiten, geschichtlich beglaubigten deutschen Namen hatte: Dago, der „Taghelle“. Mieszko war landfremden Ursprungs, Germane, wahrscheinlich Däne oder Normanne. Noch bis in das 12. Jahrhundert ist die Kunde von dem Doppelnamen des Begründers des Polenreiches erhalten geblieben. Mit fremden Kriegerern hat also der germanische Mieszko, der erste Polenkönig und Stammvater der Piasten, das Land an der Oder und Weichsel sich unterworfen. Mit dem polnischen Ursprung der Piasten ist es somit nichts, und es könnte daher angeichts der obigen Worte

des französischen Botschafters nichts schaden, wenn die Entente von deutscher Seite etwas mehr über die geschichtliche und kulturelle Entwicklung Polens aufgeklärt würde, um zu erkennen, daß der deutsche Einfluß, der schon machtvoll an die Eingangspforte der Geschichte Polens geklopf hat, sich durch alle Jahrhunderte bis zur Gegenwart lebenskräftig erhalten hat. Ihm verdanken die Polen ihre geschichtliche Blütezeit in den vergangenen Jahrhunderten, ihm verdanken sie auch ihre heutige kulturelle und wirtschaftliche Erstarkung. Darüber sollten sich vor allen Dingen diejenigen klar sein, die jetzt berufen sind, über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses heiß umstrittenen Landesteiles zu entscheiden und ihm Ruhe und Frieden wiederzugeben.

2. Presse im Reich

An der Führung der Verhandlungen in Posen übt die „Deutsche Tageszeitung“ vom 15. März folgende scharfe Kritik. Die amtliche Darstellung über die Behandlung unserer deutschen Unterhändler ergeht sich in beweglichen Klagen und befundet ungemischte Entrüstung. So wenig wir auch nur im entferntesten das Verhalten der alliierten Vertreter im Bunde mit den polnischen Landfriedensbrechern rechtfertigen wollen, so unumgänglich scheint es uns doch, schon jetzt die Frage aufzuwerfen, ob auch von Seiten unserer Unterhändler tatsächlich alles geschehen ist, was in ihren Kräften steht, um ein derart schamloses Umspringen mit der deutschen Würde und den deutschen Lebensnotwendigkeiten von Seiten unserer Feinde zu verhindern. Recht bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Bromberg, wonach der Vorsitzende des Bromberger Soldatenrates im Namen des Vollzugsausschusses erklärte, daß dieser bei einer neuen Konferenz mit der jetzt in Posen befindlichen Kommission den Eindruck gewonnen habe, daß die für die Kommission bestimmten Männer nicht genügend Sachkenntnis besitzen, um die deutschen Forderungen den Polen gegenüber zur Geltung zu bringen. Dieses Urteil kann nicht weiter verwundern, wenn man bedenkt, daß der Vorsitzende der Kommission, Freiherr von Negehand, bekanntlich ein Günstling des vielgewandten Herrn Erzberger, süddeutscher Katholik, und dem Vernehmen nach sogar Sohn einer polnischen Mutter ist. Die Schwächlichkeit der deutschen Abordnung wurde bereits offenbar, als sie sich entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen dem Wunsche der Gegenseite fügte, die Verhandlungen nach Posen zu verlegen. Dem Befremden darüber gibt auch ein Protesttelegramm Ausdruck, das die Berliner Ver-

tretung von 500 deutschen Volkskräten Posens in deren Auftrag an die maßgebenden Stellen verwendet. Daß die Verhandlungen, wie wir aus dem Osten hören, dabei auch von Seiten der deutschen Abordnung in französischer Sprache geführt worden sind, paßt in das gesamte Bild. Zur schärfsten Kritik aber fordert die Tatsache heraus, daß unsere deutschen Unterhändler die Verhandlungen in Posen weiter geführt haben, obgleich die nach authentischen Äußerungen auch der Alliierten fortbestehende Staatsoberhoheit des deutschen Reiches in den gegenwärtig von Aufrührern besetzten Teilen Posens von der feindlichen Abordnung mißachtet wurde. Diese Tatsache bietet allen Anlaß, nach den Unterlagen zu fragen, auf Grund deren Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung jene beschwichtigende Äußerung getan hat, wonach auch die Alliierten der Demarkationslinie eine rein militärische Bedeutung beimessen, die keinerlei politische Folgewirkung nach sich zöge und den Friedensverhandlungen nicht vorgriffe. Zu dieser von Erzberger angeführten Äußerung des Marschalls Koch steht das Verhalten der alliierten Unterhändler in Posen in schreiendem Widerspruch. Es ist sehr zu fragen, ob der lediglich formelle Protest der deutschen Kommissionen, gegen alle der fortbestehenden deutschen Souveränität auch im besetzten Teile Posens hohnsprechenden Maßnahmen unserer Gegner auch nur dem Mindestmaß an Würde und Kraft entspricht, das wir aus dem großen Schiffbruche gerettet haben sollten.

Auch die „Voss. Ztg.“ lehnt das Verhalten der deutschen Unterhändler in Nr. 145 vom 20. März wie folgt ab:

Das vorliegende Material genügt nicht für eine abschließende Beurteilung der Posener Verhandlungen. Zweifellos sind von der Gegenseite verschiedene nicht leicht zu erfüllende Bedingungen gestellt worden. In dem amtlichen Bericht wird in diesem Zusammenhang auf die militärischen Bedingungen hingewiesen. Dennoch scheinen diese ein Hindernis für den Abschluß des Abkommens nicht gebildet zu haben, da sie von der deutschen Kommission ja schließlich angenommen worden sind. Das Bedenken der deutschen Unterhändler wegen der nicht gleichmäßig zusammengesetzten Oberkommission war sicher gerechtfertigt. Das deutsche Mitglied dieser Kommission würde vermutlich

durch die beiden anderen Mitglieder ständig majorisiert worden sein.

Sehr bedenklich sind aber die Mittel, mit denen die deutschen Unterhändler ihren Standpunkt durchzusetzen versucht haben. Hier muß daran erinnert werden, daß das den Posener Verhandlungen zugrunde liegende Abkommen von Trier über die Demarkationslinie einen rein militärischen Charakter besitzt, und nach dem Zugeständnis der Entente keinerlei politische Präjudiz schaffen soll. Die Entente hat es deshalb durchaus korrekt vermieden, die bisher dem Deutschen Reich zugehörigen und in einer Aufstandsbewegung befindlichen Polen den Vertretern der deutschen Regierung als gleichberechtigte Unterhändler gegenüberzustellen. Die Verhandlungen der Unterkommission wurden vielmehr genau so wie in Trier und Spaa, nur zwischen den vorher kriegsführenden Mächten geführt. Die deutschen Unterhändler aber haben den Versuch gemacht, ihrerseits diese polnischen Vertreter in die Verhandlungen hineinzuziehen. Sie haben also, sicher unbewußt, das Risiko auf sich genommen, um eines augenblicklichen Verhandlungsvorteils willen, das von der Gegenseite vermiedene Präjudiz für den staatlichen Charakter der bisher aufständischen Landesteile um Haaresbreite herbeizuführen.

Dieser Versuch, dem französischen Einfluß in der Ententekommission um jeden Preis Verbündete entgegenzusetzen und vor der absolut notwendigen Auseinandersetzung mit dem französischen Vertreter irgendwie auszubiegen, ist ein neues Symptom für einen alten politischen Fehler. Es braucht nicht wiederholt zu werden, daß die Stellung Frankreichs und seiner Vertreter bei allen Verhandlungen von der ganzen Entente gebilligt und gestützt wird. Dennoch ist es ebenso richtig, daß in allen Grenzfragen, mögen sie im Osten oder im Westen liegen, Frankreich seinen führenden Einfluß geltend macht. Es kann nur wiederholt werden, was vor kurzem schon an dieser Stelle betont wurde, daß dieser Einfluß nicht durch fremde Hilfe gebrochen werden kann, sondern daß die Schwierigkeiten, die bei jeder neuen Auseinandersetzung immer wieder auftauchen, nur durch eine offene, von wirklichem Verständigungswillen getragene Politik gegenüber Frankreich selbst in günstigem Sinne gemindert werden kann.